

à propos

Das
Friedensmagazin
von KOFF



Schweizer Engagement für Frieden und Sicherheit

swiss
peace

Schweizerische Friedensstiftung
Fondation suisse pour la paix
Fondazione svizzera per la pace
Swiss Peace Foundation

editorial

Im Einklang mit ihrem verfassungsmässigen Ziel, eine gerechte und friedliche internationale Ordnung zu fördern, leistet die Schweiz einen aktiven Beitrag zur Friedensförderung in der ganzen Welt. Die Präsenz von multilateralen Gremien, internationalen Organisationen, staatlichen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, die sich für Frieden und Menschenrechte engagieren, bringt der Schweiz eine Fülle von Fachwissen, Erfahrung und internationalem Ansehen.

Einige sind jedoch der Meinung, dass Friedensförderung zu Hause beginnt. Geschlechtergleichstellung, Menschenrechte, Klimagerechtigkeit, (menschliche) Sicherheit, Polarisierung und sozialer Zusammenhalt – um nur einige zu nennen – sind auch in der Schweiz relevante Themen für die Friedensförderung. Globale Herausforderungen wie die Klimakrise oder die COVID-19 Pandemie machen zudem deutlich: Diese Themen sind sowohl innen- als auch aussenpolitisch relevant und miteinander verknüpft. Dies verweist auf die Notwendigkeit integrierter Politikansätze zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren in der Schweiz und im Ausland. Die vorliegende Ausgabe beleuchtet die diesbezüglichen Bemühungen und Aussichten der KOFF-Organisationen.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Lektüre.

Redakteurin KOFF Magazin, Sanjally Jobarteh

Die Schweizer Plattform für Friedensförderung KOFF ist Herausgeberin des Friedensmagazins à propos. Sie schafft damit eine Plattform für die unterschiedlichen Erfahrungen und Perspektiven ihrer Mitglieder und Partner_innen. Die Artikel im Magazin geben ausschliesslich die Ansichten und Haltungen der Autor_innen wieder und entsprechen nicht den Ansichten und Haltungen von KOFF oder swisspeace.

schwerpunkt

5 Jahre Friedensabkommen in Kolumbien – Herausforderungen für die Schweiz und die Zivilgesellschaft



Kundgebung für Frieden in Bogota, Mai 2019. PBI

Die Schweiz begleitet die Umsetzung des Friedensabkommens zwischen der ehemaligen Guerrilla FARC-EP (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo) und dem kolumbianischen Staat. Heute steht das Friedensabkommen kurz vor dem Scheitern. Die Schweiz und die Zivilgesellschaft stehen vor neuen Herausforderungen.

Fünf Jahre nach dem Friedensvertrag wurde nur ein Bruchteil der Ziele erreicht und prominente Exponent:innen der FARC-EP griffen wieder zu den Waffen. Während sich ursprünglich knapp 13'000 Kämpfer:innen demobilisierten, verdoppelten die dissidenten und wiederbewaffneten Gruppen ihre Kräfte während des letzten Jahres gemäss Schätzungen auf ungefähr 5'000 Mitglieder, Tendenz steigend. Im August 2019 kündigte der ehemalige FARC-EP-Chef Iván Márquez und Parlamentsabgeordneter der neugegründeten Partei Comunes, zusammen mit rund zwanzig weiteren Parteikadern an, die Waffen wieder

aufzunehmen. Überraschend war die Ankündigung nicht, denn die mangelhafte Umsetzung des Vertrages war offensichtlich. Vor allem die Punkte zur integralen Landreform und den illegalen Drogen hinken dem Zeitplan hinterher. Vor kurzem kündigte die kolumbianische Regierung unter Iván Duque, den Einsatz von Glyphosat im Kampf gegen den Kokaanbau wieder aufzunehmen. Die Verwendung des Herbizids wird sowohl von Umwelt- und Bauernverbänden wie auch von der UNO abgelehnt. Das Friedensabkommen sieht zwar eine freiwillige Substitution durch alternative Produkte vor, aber die versprochene finanzielle Hilfe dafür ist vielerorts nie eingetroffen. Auch die Sicherheit der ehemaligen Guerrillakämpfer:innen ist nicht gewährleistet. Seit der Unterschrift des Friedensabkommens 2016 wurden fast 280 ehemalige Guerrillaangehörige umgebracht. Ruiz Massieu, Missionschef der UNO in Kolumbien, bemängelt den unzureichenden Schutz: "Es gibt immer noch zu viele Bedrohungen und zu viele Tote. Solange die Sicherheit der Ex-Kombattanten nicht gewährleistet ist, sind die anderen Aspekte des Friedensabkommens nicht relevant."

Komplexe Konfliktdynamik

Momentan werden auch so viele Menschenrechtsverteidiger:innen umgebracht wie seit Jahren nicht mehr. Dabei geht die Gefahr nicht nur von der Gruppe um Iván Márquez aus. Auch andere bewaffnete Gruppen nutzen die Gunst der Stunde, um ihre territoriale und soziale Kontrolle auszuweiten. Die Guerrilla ELN (Ejército de Liberación Nacional), dissidente Gruppen der FARC-EP und neoparamilitärische Gruppierungen füllen das Machtvakuum aus, welches die ehemalige FARC-EP hinterlassen hat und der Staat nie auszufüllen vermag. Anstatt dass Frieden einkehrt, hat sich der Konflikt transformiert. Aus einem Ein- bis Zweifrontenkonflikt entstand eine unübersichtliche und sich ständig ändernde Dynamik aus unterschiedlichsten Gruppierungen, welche einen langfristigen und nachhaltigen Frieden verunmöglicht. Dadurch sind auch die Bedrohungen für Menschenrechtsverteidiger:innen vielfältiger geworden, was deren Schutz erschwert.

Das drohende Scheitern des angestrebten Friedens hängt sicher auch mit dem ungenügenden Einbezug anderer wichtiger Akteur:innen der kolumbianischen Gesellschaft in die Friedensverhandlungen zusammen wie die Opfer des bewaffneten Konfliktes, Frauen, Jugendliche, Kinder, Indigene und Kleinbäuerinnen und -bauern. Zudem fehlt der aktuellen Regierung von Iván Duque der politische Willen zur Umsetzung des Friedensabkommens.

Herausforderungen für die Schweiz

Trotz des schwierigen Panoramas hält die offizielle Schweiz am Friedensengagement in Kolumbien fest und unterstützt Präventivmassnahmen, mit dem Ziel, die Bevölkerung vor bewaffneter Gewalt zu schützen. Konkret unterstützt die Schweiz Projekte in den Bereichen politische Partizipation, Achtung der Menschenrechte, Vergangenheitsarbeit, Beseitigung von Antipersonen-Minen und humanitäre Hilfe. Zudem unterstützt sie die Rückgabe von Land an Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, die aufgrund des Konfliktes vertrieben wurden. Die Situation der von diesen Themen betroffenen Menschen hat sich in den letzten Jahren verschlechtert. Die Gewalt gegen Anführer:innen von sozialen Bewegungen hat zugenommen, illegale bewaffnete Akteur:innen setzen weiterhin auf Landminen, Menschenrechtsverletzungen sind allgegenwärtig, wie die aktuellen sozialen Proteste in Kolumbien zeigen und die Landrückgabe läuft nur schleppend. Zudem gibt es seit letztem Jahr eine erschreckende Zunahme an Massakern. Fälschlicherweise wurde

angenommen, dass diese mit dem Friedensvertrag der Vergangenheit angehören würden. Auch die Vermittlung der Schweiz im Verhandlungsprozess zwischen dem kolumbianischen Staat und der Guerrilla ELN ist momentan nicht von Erfolg gekrönt. Eine baldige Annäherung liegt in weiter Ferne, denn die kolumbianische Regierung fordert die Auslieferung der ELN-Delegation der letzten Verhandlungen von 2019, die seither in Kuba festsetzt.

Zivilgesellschaft uneinig

Herausforderungen gibt es auch für die Zivilgesellschaft, die über die schleppende Umsetzung des Friedensabkommens zunehmend frustriert ist. Die aktuellen regierungskritischen Proteste fordern darum unter anderem auch konsequent dessen Umsetzung. Während einige kolumbianische Nichtregierungsorganisationen weiterhin am Abkommen festhalten, der Übergangsjustiz Berichte zu Menschenrechtsverletzungen einreichen und die Wahrheitskommission unterstützen, haben andere resigniert und setzen ihre Ressourcen in eigenen, unabhängigen Projekten ein. Die internationale Zivilgesellschaft steht zwar weiterhin hinter dem Friedensvertrag, ist jedoch zunehmend besorgt über dessen mangelnde Umsetzung.

Insbesondere für Menschenrechtsverteidiger:innen ist internationale Aufmerksamkeit von entscheidender Bedeutung, damit sie ihre Arbeit in Sicherheit weiterführen können. Daher ist es angesichts der zahlreichen Herausforderungen umso wichtiger, dass die Schweiz und die Zivilgesellschaft ihr Engagement in Kolumbien entschieden fortsetzen und so zu einem dauerhaften und nachhaltigen Frieden in Kolumbien beitragen.

[Peace Brigades International \(PBI\) Schweiz](#)

Manuel Müller

manuel.mueller@peacebrigades.ch

Ehemaliger PBI-Voluntär in Kolumbien

[links](#)

- [Peace Brigades International \(PBI\) Schweiz](#)

dossier

Friedensausserpolitik ist Friedensinnenpolitik



Jakob Kellenberger, Präsident swisspeace, an der Eröffungsveranstaltung des Ilanzer Sommers, 08.08.21, Ilanz. Heike Sommer / Forum für Friedenskultur

Können Erfahrungen aus der internationalen Friedensarbeit für Herausforderungen innerhalb der Schweiz nutzbar gemacht werden?

Bundesrat Ignazio Cassis prägte den Ausdruck “Aussenpolitik ist Innenpolitik”. Doch gilt dies auch für die Friedenspolitik? Wohl noch nicht, aber wir haben einen ersten Versuch gewagt.

Im August konnte das Forum für Friedenskultur nach einem Jahr intensivster Vorbereitungen den Ilanzer Sommer lancieren. Im Bündner Bergstädtchen Ilanz entstand ein lebendiges Programm von Kino, Konzert bis Konferenz und Ko-Kreation rund um die Frage, wer welchen Beitrag leisten kann zu einer aktiv gelebten Friedenskultur in der Schweiz.

Das zugrundeliegende Konzept entstand aus der Überzeugung, dass es Zeit ist, den Frieden aus dem aussenpolitischen und akademischen Nestchen herauszuholen. Wir verstehen Friedenskultur, aufbauend auf der Sustaining Peace Definition des UNO-Sicherheitsrats, als einen transversalen Dauerauftrag, zu dem jeder Sektor, jedes Departement und jede Disziplin etwas beitragen kann und soll. Nur so können wir der Selbstdefinition einer "Friedensnation" gegen innen wie aussen gerecht werden.

Auffällig ist: Während die Schweiz zahlreiche Methoden zur Förderung von Kompetenzen im Bereich der Mediation, Dialogführung und Konflikttransformation weltweit verbreitet, sind dieselben Methoden in der Schweiz selbst praktisch unbekannt oder jedenfalls nicht institutionalisiert. Deshalb will das Forum für Friedenskultur, das hinter dem Ilanzer Sommer steht, prüfen, wie Erfahrungen aus der internationalen Friedensarbeit für Herausforderungen innerhalb der Schweiz nutzbar gemacht werden können.

Wie hilft strategische Konfliktanalyse, um frühzeitig Spannungen zu erkennen? Kann ein mediativer Dialog die Situation de-eskalieren, wenn sich Fronten zwischen Bevölkerungsgruppen verhärten sei es zum Thema Friedenskultur und wie wir die Friedensaussenpolitik noch besser mit der Friedensinnenpolitik verknüpfen können. Heime für Asylsuchende oder Corona Massnahmen? Könnte in einem nationalen Dialog ein neuer Gesellschaftsvertrag für die Schweiz entwickelt werden? Und welche Rolle können Medien spielen zur Förderung der Gesprächs-, und Debattenkultur, um die sich gerade viele sorgen? Was können sie zu einem öffentlichen Raum beitragen, in dem Andersdenkende in einen konstruktiven und demokratiefördernden Austausch kommen? Oder liegt alles viel weiter zurück und wir täten gut daran, unser transgenerationelles Gedächtnis zu untersuchen – so wie wir das in anderen Ländern tun – um die Schweiz von heute zu verstehen?

Der Ilanzer Sommer war ein erster Anstoss von einem Prozess, den wir in den folgenden Jahren weitergestalten und vertiefen möchten. Bereits dieses Jahr haben verschiedene Organisationen und Personen aus der KOFF-Plattform mitgewirkt und zu seiner Vielseitigkeit und Professionalität beigetragen, die von den Teilnehmenden sehr geschätzt und nicht zuletzt auch von den Medien positiv aufgenommen wurde.

[Forum für Friedenskultur](#)

Lea Suter

lea.suter@peaceprints.ch

Präsidentin

[links](#)

- [Forum für Friedenskultur](#)

dossier

Die Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit aus der Care-Perspektive



«City of Nobody», 2020. Ximena Lama

«Warum mussten die Frauen, die am meisten unter dem Krieg zu leiden hatten, schweigend zuhören, während die Männer über den Frieden verhandelten?»

Diese Frage warf Friedensnobelpreisträgerin Leymah Gbowee im Jahr 2011 auf.

Die Frauenrechtlerin ist unter den Ehrengäst:innen der virtuellen Veranstaltung «*Centering Care in Women, Peace and Security: Reflections from Civil Society in the Context of the Fourth Swiss National Action Plan 1325*» am 21. September, bei der Care-Arbeit im Mittelpunkt steht und die Hauptergebnisse des Projekts «*Civil Society Contribution to the implementation of the Swiss NAP 1325*» (Beitrag der Zivilgesellschaft zur Umsetzung des Schweizer NAP 1325) präsentiert werden.

Das von der Schweizer Plattform für Friedensförderung KOFF gemeinsam mit FriedensFrauen Weltweit und der feministischen Friedensorganisation cfd koordinierte Projekt **stellt sicher, dass die Erfahrungen der Zivilgesellschaft in die offizielle Umsetzung des Nationalen Aktionsplans der Schweiz zur UN-Resolution 1325 (NAP 1325) einfließen.**

Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg

Die drei Friedensorganisationen, welche die Zivilgesellschaft repräsentieren, und die feministischen Friedensaktivist:innen, die auf die Umsetzung der UNSCR 1325 drängen, haben ein breiteres, positives Verständnis von «Frieden», anstatt den Begriff nur auf die Abwesenheit von Krieg oder direkter physischer Gewalt zu beschränken. *Positiver Frieden* heisst, sich täglich lokal für den Frieden und gegen strukturelle oder kulturelle Gewalt einzusetzen.^[1]

Nicht selten richten Länder des globalen Nordens ihren NAP 1325 an ihrer Aussenpolitik aus und vergessen, welche Bedeutung und Chance diese Agenda für innenpolitische Angelegenheiten darstellt. Diese Haltung lässt auf ein koloniales Verhaltensmuster schliessen, das dazu beiträgt, «ein Image des friedlichen Nordens aufrechtzuerhalten, der sich zur «Rettung» des globalen Südens verpflichtet fühlt (paradoxiertweise greift der Norden für seine Friedens- und Sicherheitspraktiken auf Militarismus zurück).»^[2]

Wie die meisten dieser Länder weigert sich die Schweiz, den Schwerpunkt des NAP auf die Innenpolitik auszuweiten und ist, genau wie die anderen, weit davon entfernt, innerhalb der eigenen Grenzen *positiven Frieden* zu gewährleisten. Da bei Budgets und politischen Strategien keine Trennung gilt, sollten auch die Innen- und Aussenpolitik als zusammenhängend betrachtet werden. Deshalb sollte die Agenda 1325 nicht nur als einfaches Instrument zur Förderung der Partizipation von Frauen verstanden werden, sondern als ernst zu nehmende Leitlinie für eine transformative Politik in der Schweiz und im Ausland.

Kein Frieden ohne Care-Arbeit

Weltweit brachte die Pandemie die Missstände und Missverhältnisse unserer Gesellschaften ans Licht. Frauen waren im Jahr 2020 besonders stark von den Folgen der Pandemie betroffen, etwa durch zunehmende Menschenrechtsverletzungen, häusliche Gewalt, strukturelle Unterdrückung, Verarmung sowie die Vervielfachung ihrer familiären Pflichten. **Die Krise hat die Bedeutung der Frauen, die Tätigkeiten im Bereich der Care-Arbeit ausüben und dadurch das Gefüge unserer Gesellschaft zusammenhalten und täglich den Frieden fördern, noch deutlicher aufgezeigt.** Trotz ihrer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedeutsamkeit^[3] bleiben Care Worker unsichtbar, sind gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Unsicherheiten ausgesetzt und werden bei Beratungs- oder Entscheidungsprozessen oft ignoriert.

Eine intersektionale feministische Friedenspolitik – neben einem Ansatz, der Fürsorgende und ihre Arbeit als friedensfördernd anerkennt und in den Mittelpunkt stellt – ist wesentlich, um (in aller Bescheidenheit) unsere globalen Herausforderungen zu meistern.

Es ist an der Zeit, zu handeln und füreinander zu sorgen.

[1] Aus dem cfd-Glossar (21.06.2019): Strukturelle Gewalt umfasst Gewalt, die von gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Strukturen ausgeht und «in das

System eingebaut» ist (Unterdrückung bestimmter Gesellschaftsgruppen, ungleiche Chancen und Bedingungen aufgrund von Systemen wie Apartheid, Kolonialismus usw.). Kulturelle Gewalt bezieht sich auf Aspekte einer Gesellschaft oder Kultur, die unmittelbare, strukturelle Gewalt legitimieren (z. B. Billigung von Gewalt gegen bestimmte Gruppen, Rollenbilder, Trans- und Homophobie, Ableismus, das Gefühl von Überlegenheit durch Ideologien wie Rassismus, Militarismus oder Chauvinismus). Mitunter werden auch Religionen, Werte und Mentalitäten zur Rechtfertigung kultureller Gewalt herangezogen. Kulturelle Gewalt fließt auch in die Sprache, Kunst, Wissenschaft, Justiz, Medienwelt und Bildung ein.

[2] Toni Hastrup und Jamie J. Hagen (2020): Global Racial Hierarchies and the Limits of Localization via National Action Plans, New Directions in Women, Peace and Security, Hrsg. Soumita Basu und Paul Kirby, Bristol University Press.

[3] In der Schweiz wird jährlich – vorwiegend von Frauen – unbezahlte Care-Arbeit im Wert von 248 Milliarden Franken geleistet. Das ist mehr als die Bundesregierung, Kantone und Gemeinden im selben Jahr insgesamt ausgeben.

[cfd- die feministische Friedensorganisation](#)

Izabel Barros

Izabel.Barros@cfd-ch.org

Programmverantwortliche feministische Friedenspolitik

[links](#)

- [Civil Society Contribution to the implementation of the Swiss National action Plan NAP 1325](#)
- [cfd- die feministische Friedensorganisation](#)
- [PeaceWomen Across the Globe](#)

dossier

Die Schweiz engagiert sich für Internetfreiheit



Staatlich veranlasste Internetsperrungen sind Massnahmen, mit denen Regierungen den Zugang zu bestimmten online Angeboten wie beispielsweise den sozialen Medien beschränken. Das passiert häufig vor Wahlen, um mit der Unterstützung von Zensurtechnologieanbietern regierungskritische Proteste und Äusserungen zu unterdrücken, die Wahlen zu beeinflussen und Menschenrechtsverletzungen zu verschleiern.

Die Zunahme dieser Sperrungen ist besorgniserregend, denn sie stellen einen Verstoß gegen Grundrechte wie das Recht auf freie Meinungsäusserung und friedliche Versammlung dar, schränken den Zugang zu Informationen ein und sorgen in immer stärker digitalisierten Gesellschaften für Störungen.

Im November 2019 trat die Schweiz der Freedom Online Coalition (FOC) bei, einem Zusammenschluss aus 34 Staaten, der sich weltweit für den Schutz der Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie der Privatsphäre im Internet einsetzt.

Die Mitglieder der Koalition haben sich zur diplomatischen Zusammenarbeit verpflichtet, um insbesondere auf multilateraler Ebene ihre Bedenken angesichts freiheitsbeschränkender Eingriffe in das Internet zum Ausdruck zu bringen und Personen zu unterstützen, deren Menschenrechte online missachtet werden. Im Vordergrund stehen drei Handlungsbereiche:

1. Diplomatische Koordination unter den Mitgliedern und mit externen Stakeholdern (Unternehmen, Zivilgesellschaft, Wissenschaft), die dieselben Ziele verfolgen wie die Koalition
2. Ausarbeitung globaler Standards für Menschenrechte im Online-Umfeld durch gemeinsame Erklärungen
3. Multi-Stakeholder-Engagement: Organisation regelmässiger Zusammenkünfte

Im Mai 2020 wirkte die Schweiz an einer gemeinsamen Erklärung der FOC mit, die über die Risiken einiger Regierungsmassnahmen im Zusammenhang mit COVID-19 informiert, wie etwa willkürliche oder illegale Überwachungspraktiken, Abschaltung von Netzwerken oder Zensur. Diese Restriktionen wirken sich auf eine ganze Reihe von Menschenrechten aus (wirtschaftliche, soziale, kulturelle und andere Rechte).

Im Rahmen des Engagements der Schweiz gegen staatlich angeordnete Internetstörungen und -abschaltungen unterstützt die Abteilung für Frieden und Menschenrechte des EDA seit Anfang 2020 die Kampagne #KeepItOn der NGO Access Now. #KeepItOn will die strategische Prävention stärken, um schneller reagieren zu können, wenn irgendwo auf der Welt im Hinblick auf Wahlen Menschenrechte durch Internetmassnahmen verletzt werden.

2020 erfassten Access Now und #KeepItOn mehr als 155 Internetunterbrechungen in 29 Ländern. Mehrere hundert Millionen Menschen wurden auf diese Weise während der Coronavirus-Pandemie von der Aussenwelt abgeschnitten, hatten keinen Zugang zu lebenswichtigen Gesundheitsinformationen, zu Bildung und zu Arbeitsmöglichkeiten. Beispielsweise wurde inmitten der COVID-19-Pandemie das Internet für 100 Millionen Äthiopier:innen zwei Wochen lang abgeschaltet.

Der totale Internet-Blackout ist nur eine von vielen Blockadeformen. Am häufigsten schränken Regierungen das mobile Internet oder soziale Netzwerke ein. So auch in Myanmar, wo die Mobilfunkanbieter am 1. Februar 2021 angewiesen wurden, soziale Medien und IP-Adressen zu sperren. Eine weitere restriktive Massnahme ist die Drosselung der Bandbreite von 4G oder 3G auf 2G, was das Herunterladen, Versenden oder Teilen von Inhalten verunmöglicht.

Der Beitritt der Schweiz zur FOC und die Unterstützung der Kampagne #KeepItOn stehen im Einklang mit der Schweizer Strategie Digitalaussenpolitik 2021–2024 und sprechen für die Bemühungen der Regierung, die Internetfreiheit weltweit zu schützen und zu fördern.

[EDA - Abteilung Frieden und Menschenrechte](#)

Rémy Friedmann

remy.friedmann@eda.admin.ch

Senior Advisor

links

- [EDA - Abteilung Frieden und Menschenrechte](#)
- [Schweizer Strategie Digitalaussenpolitik 2021–2024 \(siehe S. 42\)](#)
- [Freedom Online Coalition](#)
- [#KeepItOn-Kampagne von Access Now](#)

Folgen der Energiewende für fragile Staaten



Windpark, Turkana-See, Kenia. DFID/Will Crowne

In den letzten beiden Jahrzehnten haben zahlreiche Länder und Einzelpersonen vom globalen Energiesystem mit fossilen Brennstoffen profitiert, insbesondere in der industrialisierten Welt einschliesslich der Schweiz. Die Schattenseite ist, dass bei der Verbrennung fossiler Energieträger CO₂ und andere Treibhausgase freigesetzt werden, und zwar in einem Mass, das die globale Durchschnittstemperatur dramatisch steigen lässt. Wissenschaftler warnen: Bei einem Anstieg um 2 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau werden die veränderten Klimabedingungen zur existentiellen Bedrohung der Menschheit und unseres Lebens, wie wir es kennen.

2015 unterzeichneten über 190 Staaten, darunter auch die Schweiz und die Europäische Union, anlässlich der UN-Klimakonferenz das Übereinkommen von Paris, mit dem Ziel, die globale Erwärmung unter der Schwelle von 2 Grad zu halten. Seitdem sind die Preise für Solar- und Windenergie überraschend drastisch gesunken und saubere Energietechnologien haben sich wesentlich schneller weiterentwickelt, als man das 2015 für möglich gehalten hätte. Diese Trends stärken das Vertrauen, dass es technisch und finanziell machbar ist, den Temperaturanstieg unterhalb der Schwelle zu halten. Die sozioökonomische Plausibilität der Energiewende hängt jedoch in erster Linie davon ab, ob die Länder, die grosse Mengen an fossiler Energie verbrauchen, im kommenden Jahrzehnt zu raschem Handeln bereit sind. Für viele, auch für die Schweiz, erweist sich diese Aufgabe als schwierig, da sich die nationalen Wählerschaften nur sehr zögerlich von ambitionierten Emissionssenkungsmassnahmen überzeugen lassen.

Wie dem auch sei, fragile Staaten sind nicht nur vom eigentlichen Klimawandel betroffen, sondern auch von der Klimapolitik der Importländer fossiler Brennstoffe und von der

Geschwindigkeit, mit der sie ihre Investitionen in saubere Energietechnologien erhöhen.

Zu den zusätzlichen Herausforderungen gehört erstens der Umstand, dass zahlreiche fragile Staaten fossile Brennstoffe exportieren und auf die Einnahmen dieses Sektors angewiesen sind. Der Verlust dieses Einkommens könnte die Elitebündnisse und Gönnerbeziehungen gefährden, die bisher in einigen Ländern zumindest für eine gewisse politische und wirtschaftliche Stabilität gesorgt haben. Mögliche Folgen sind das erhöhte Risiko eines Staatszerfalls und die Entstehung zerstreuter lokaler Autoritäten, die versuchen, die Bevölkerung und den Zugang zu natürlichen Ressourcen mit Gewalt zu kontrollieren.

Eine zweite Herausforderung besteht darin, dass sich für fragile Staaten mit den Bodenschätzen, die für eine breite Verwendung und den Ausbau von sauberen Energietechnologien benötigt werden, zusätzliche Chancen eröffnen. Allerdings tun sich global tätige Börsenunternehmen, die sich internationalen Grundsätzen, Leitlinien sowie RBC- und ESG-Standards für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln und für gute Leistungen im Hinblick auf Umwelt, Soziales und Gouvernanz verschrieben haben, schwer damit, dass viele dieser Ressourcen aus fragilen Kontexten stammen. Es könnte zu einer Verzerrung kommen, wenn fragile Staaten infolgedessen Investitionen von opportunistischeren Privatunternehmen – womöglich auch mit Sitz in der Schweiz – anziehen, die sich wenig Gedanken darüber machen, welche Konsequenzen ihre Geschäfte für die Umwelt und die Gesellschaft haben und welches Vermächtnis sie hinterlassen.

Drittens bestehen in fragilen Staaten mit hohem Potential für grossangelegte Solar- und Windenergieprojekte oder Biomasseernten ähnliche RBC- und ESG-Risiken und dieselben Investitionsvorbehalte wie bei fossilen Energieträgern und dem Abbau von Rohstoffen. Dazu zählen beispielsweise Konflikte über den Besitz und die Nutzung von Land oder knappe Wasserressourcen, das Verhalten von beauftragten Sicherheitskräften und die Missachtung von Arbeitsschutz oder Kinder- und Menschenrechten im Allgemeinen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Energiewende neben den Auswirkungen des Klimawandels zusätzliche Risiken birgt, die die wirtschaftliche, politische und soziale Vulnerabilität fragiler Staaten verstärken könnten. Daher ist es wichtig, dass Friedensfördernde, humanitäre Hilfseinrichtungen und Entwicklungsorganisationen hinsichtlich bestimmter fragiler Kontexte das Gesamtbild dieser Risiken im Blick behalten. swisspeace wird dazu einen Policy Brief veröffentlichen, der sich näher mit den Folgen der Energiewende für fragile Staaten befasst.

[swisspeace](#)

Evelyn Dietsche

Evelyn.Dietsche@swisspeace.ch

Senior Business Lead

[swisspeace](#)

Fabian Hofmann

Ehmaliger Zivildienstleistender

[links](#)

- [swisspeace](#)

Over the last two centuries, the fossil fuels-based global energy system has tremendously benefited many countries and many people, especially in the industrialized world, including Switzerland. On the downside, however, the burning of fossil fuels has released CO₂ and other greenhouse gases to an extent where these are driving a dramatic rise in average global temperatures. If these reach 2°C above the pre-industrial level, scientists warn, the resulting changes in global climatic conditions will existentially threaten humanity and life as we know it.

In 2015, the United Nations' Climate Change Conference held in Paris concluded with over 190s states, including Switzerland, plus the European Union signing the Paris Agreement. It intends to contain average global temperature rises below the 2°C benchmark. Since then, the biggest surprise has been that solar and wind-produced electricity prices have dropped much more dramatically, and clean energy technologies have evolved much faster than had been thought possible in 2015. This has boosted confidence in the technical and financial feasibility of containing temperature rises below the benchmark. However, the socio-economic plausibility of the transformation depends mainly on the willingness of countries, consuming a lot of fossil fuel-based energy to act fast and within the next decade. For many, including Switzerland, this is proving difficult, as they struggle to get national constituencies on board to support more ambitious emission reduction measures.

In any case, fragile states are not only impacted by climate change but also by the climate policies fossil-fuel importing countries are poised to adopt and the speed at which they will scale investments in clean energy technologies.

Among these additional challenges are, first, that many fragile states are fossil fuel exporters and heavily reliant on revenues generated by the sector. Losing this income could threaten the elite alliances and patronage relationships that have delivered at least some level of political and economic stability in some countries. Thus, it could raise the risk of state collapse and give rise to more diffuse and localized forms of authorities using force and violence to control people and their access to natural resources.

Second, there are additional opportunities for those fragile states endowed with the mineral resources needed for the widespread adoption and scaling of clean energy technologies. But for international publicly listed companies that are under pressure to comply with international principles, guidelines, and standards on responsible business conduct (RBC) and environmental, social, and governance (ESG) performance, it poses a challenge that many of these resources are found in fragile contexts. This introduces a potential bias where fragile states attract investments from more opportunistic and privately funded companies, including companies domiciled in Switzerland, that do not feel obliged to care about their operations' negative environmental and social impacts and legacies.

Third, where fragile states hold potential for investments in large-scale solar or wind power projects or biomass harvesting, similar RBC and ESG risks as those related to fossil fuels and mining projects and the same investor bias arise. For example, these risks include conflicts over rights to land and land use and scarce water resources, the conduct of contracted-in security forces, disrespect for the rights of labor, children and human rights

more generally.

In conclusion, alongside the impacts of climate change, the energy transformation poses additional risks that are likely to aggravate fragile states' economic, political, and social vulnerabilities. For peacebuilders, humanitarian relief agencies, and development organizations, it is important to take a joined-up look at these risks in relation to specific fragile contexts. swisspeace will be publishing a Policy Brief that discusses the implications of the energy transformation for fragile states in more detail.

dossier

Meilensteine für eine friedlichere Schweiz



Höchi Flue, Egerkingen, Schweiz

Der Einsatz der Schweiz für den Frieden ist in der Geschichte und der Kultur verankert. Er ist in der Verfassung und teilweise auch in der Staatspolitik festgeschrieben. Ob wir unsere Vergangenheit, wie strahlend und humanistisch sie auch sein mag, nun mit Bescheidenheit oder Ehrgeiz betrachten, ist nicht entscheidend – was zählt, ist der Blick in die Zukunft. Frieden entsteht im Herzen, aber auch durch Taten. Wo gibt es Verbesserungsbedarf?

Frieden braucht ein Konzept. Dazu gehört die Erforschung und gleichzeitig die Umsetzung. Wenn wir Frieden definieren, können wir ihn besser verstehen, leben und verbreiten. Dies

ermöglicht uns Frieden von Gewalt, Konflikt und deren Überwindung zu unterscheiden, die vielleicht manchmal die dunkle und manchmal die konstruktive Seite des Friedens darstellt. Es gibt noch einiges zu tun, um den Frieden und seine Bedeutung für Menschen und Institutionen zu würdigen und zu fördern. In der Schweiz wird Friedenspädagogik auf hohem Qualitätsniveau praktiziert, jedoch noch zu selten und zu sporadisch. Um bis 2030 das nachhaltige Entwicklungsziel 4.7 zu erreichen, muss sie aber überall zur Anwendung kommen. Der Frieden betrifft ebenso wie Gender- und Umweltfragen alle Bereiche. Deshalb braucht es eine interdisziplinäre Kenntnis und Anwendung.

Frieden braucht Praxis. Obwohl die Instrumente dafür heute weithin bekannt sind, werden sie zu selten eingesetzt. Bei der Prävention und der Ablehnung von Gewalt gibt es Luft nach oben. Manchmal wird der gewaltfreie Weg unterdrückt. Die Praktiken der nicht-verschärfenden Konfliktbewältigung und der Mediation entwickeln sich stetig, sind aber noch wenig verbreitet.

Frieden braucht Schutz und kann nicht mit Sicherheit gleichgesetzt werden. Frieden bedeutet Erfüllung und Fortschritt. Sicherheit ist nur eine Garantie angesichts realer, tatsächlicher oder potenzieller Gefahren. Frieden ist ein Recht, Sicherheit hingegen eine Pflicht, sowohl für Einzelpersonen als auch den Staat. Damit sichergestellt und überprüft werden kann, dass Frieden gerecht und gewaltfrei gewahrt wird, muss das Recht auf Frieden anerkannt und der Frieden mit friedlichen, gewaltfreien, humanen und konstruktiven Methoden hergestellt werden.

Frieden braucht Finanzierung. Die direkte Finanzierung des Friedens ist gegenüber der Finanzierung von Kriegen noch immer lächerlich gering. Im Vergleich werden 1,35 Prozent des Militärbudgets der Schweiz direkt in den Frieden und die Menschenrechte investiert. Und selbst wenn wir die Entwicklungshilfe hinzuzählen, liegt der Anteil der für das Voranbringen des Friedens eingesetzten öffentlichen Gelder unter dem Militärbudget. Dieser Trend muss schrittweise umgedreht werden.

Frieden braucht Konsistenz. Es reicht nicht aus, den Frieden auszurufen oder herbeizuwünschen – er muss Realität werden.

Alle diese Bereiche sind Teil der gesellschaftlichen und politischen Infrastruktur, die für den Fortschritt des Friedens und das reibungslose Funktionieren unserer Institutionen nötig ist.

APRED arbeitet daran.

[APRED](#)

Christophe Barbey

christophe.barbey@unifr.ch

[links](#)

- [APRED](#)

erfahren sie mehr darüber

Umkehrung der Prioritäten – Vorrang der Friedensförderung vor der Verteidigung



Volksinitiative «für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten» in der Schweiz

Auch wenn nach dem Ende des Kalten Krieges die Schweizer Armee deutlich abgespeckt wurde, ist sie aus Sicht des Schweizerischen Friedensrat (SFR) immer noch überdimensioniert. In der Vernehmlassung zum sicherheitspolitischen Bericht 2021 schlägt der SFR deshalb eine Umstellung der Prioritäten vor. Spätestens seit dem Beitritt zur UNO ist die schweizerische Sicherheitspolitik auf ihr System der Kollektiven Sicherheit auszurichten. Dazu ist die Beteiligung an der internationalen Friedensförderung an erste, die Katastrophenhilfe an zweite und die Landesverteidigung an dritte Stelle zu setzen.

Mit dieser Prioritätensetzung muss Sinn und Zweck der Militärdienstpflicht in Frage gestellt werden. Für Einsätze in Friedensmissionen braucht es sehr gut qualifizierte und top motivierte Persönlichkeiten. Allerdings nähme dabei auch die Anzahl der insgesamt benötigten Dienstleistenden massiv ab. Damit würde die allgemeine Wehrpflicht obsolet, was auch «Nebenwirkungen» auf die anderen Dienstpflichtbereiche, den Zivildienst und den Zivilschutz hätte.

Mit dem Wegfall der Militärdienstpflicht entfielen auch die Rechtsgrundlage für den Zivildienst. Dieser hat jedoch seine Berechtigung und Notwendigkeit zu Grunde unter

Beweis gestellt und ist in veränderter Form aufrecht zu erhalten. Der Zivilschutz steckt offensichtlich in einer strukturellen Krise, die deren Verantwortliche auf Kosten des Zivildienstes lösen möchten – aus Sicht des SFR ein Irrweg. Nicht der Zivildienst muss unattraktiver gemacht werden, sondern der gesamte Bereich von Schutz- und Rettungsorganisationen ist reformbedürftig. Der Umgang mit der «Klimakatastrophe» ist nicht der Sicherheitspolitik unterzuordnen, sondern politisch, d.h. zivil zu regeln.

Dieser Umbau böte auch die Chance einer massiven Verlagerung der finanziellen Mittel von der Sicherheitspolitik zur Friedensförderung, Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe. Dies würde es der Schweiz erlauben, endlich das Ziel zu erreichen, 0,7 % des Bruttoinlandprodukts für die Entwicklungsfinanzierung aufzuwenden. Dazu könnte sie neben einer massiven Aufstockung des IKRK-Beitrags eine Defizitgarantie für dessen Personalausgaben übernehmen und zusätzlich ihre Beiträge an den weltweiten Kampf gegen die COVID-19-Pandemie massiv aufstocken, um dazu beizutragen, dass auch in den ärmeren Ländern breit geimpft werden kann. Die Beispiele zeigen, wie die Schweiz mit bei den Militärausgaben eingesparten Mitteln wirkungsvoll zu einer friedlicheren Welt beitragen könnte.

Mit der Reduktion der Armee würde auch das Argument geschwächt, der Export von Kriegsmaterial und sogenannten Dual-Use-Gütern für militärische Zwecke sei notwendig, um eine eigenständige Kriegsmaterialproduktion zu ermöglichen. Im gleichen Zug sollte auch im Finanzsektor eine klare Ausrichtung auf die Förderung einer friedlichen Entwicklung der Welt erfolgen, durch ein Verbot der direkten und indirekten Finanzierung von Rüstungsgütern und der Rüstungsindustrie. Der grundsätzliche Verzicht auf solche Exporte und ihre Finanzierung würde verhindern, dass aus der Schweiz Konflikte angeheizt werden und Schweizer Waffen in Kriegsgebieten auftauchen.

[Der Schweizerische Friedensrat \(SFR\)](#)

Ruedi Tobler

ruedi.tobler@friedensrat.ch

Präsident

[links](#)

- [Der Schweizerische Friedensrat \(SFR\)](#)

aktuell

Melden Sie sich für die nächsten swisspeace-

Kurse an!

01 - 12 November 2021



Strategic Dialogues in Peace Processes (virtual course, 7 half-days)

25 November - 10 December 2021



Preventing Violent Conflicts (virtual course, 6 half-days)

Der virtuelle Kurs Strategic Dialogues in Peace Processes (virtual course, 7 half-days) bietet eine vertiefte Ausbildung für FriedenspraktikerInnen, die strategische Dialoge begleiten und unterstützen. Die Teilnehmenden lernen wie sie den Einsatz von Dialog in komplexen Friedensprozessen einschätzen können, indem sie ein vertieftes Verständnis der Möglichkeiten, Herausforderungen und Anforderungen eines strategischen Dialogansatzes gewinnen.

Mit dem Kurs Preventing Violent Conflicts (virtual course, 6 half-days) erhalten Sie die Möglichkeit, konzeptionelle, thematische und praktische Ansätze zur Konfliktprävention mit Experten und Praktikern zu erkunden.

Bewerben Sie sich bis zum 30. September 2021!

links

- [Weiterbildungskurse von swisspeace](#)

aktuell

Stärkung der Rolle der Parlamente im Sicherheitssektor - Neue

DCAF-Publikation



Die vergleichende Studie «Strengthening the Role of Parliaments in SSG – Challenges and Opportunities from Selected Case Studies» untersucht die Rolle des Parlaments im Security Sector Governance (SSG) anhand von Länderfallstudien aus Kolumbien, Gambia, Nordmazedonien und Tunesien. Die vergleichende Analyse untersucht länderübergreifende Muster institutioneller Unterschiede und deren Wirksamkeit im Hinblick auf eine gute SSG, die im Bereich der SSG/R allgemein anwendbar sind und als Grundlage für künftige politische Entscheidungen und SSR-Massnahmen dienen können.

links

- [Vergleichende Studie «Strengthening the Role of Parliaments in SSG – Challenges and Opportunities from Selected Case Studies»](#)

agenda

Events

KOFF MEMBER NEWS SEITE

Neuigkeiten der KOFF-Trägerorganisationen finden Sie auf unserer [KOFF MEMBER NEWS SEITE](#).

VIRTUELLER RUNDTISCH – ÜBERWINDUNG VON FEHL-/DESINFORMATION

Mittwoch 8. September 2021

Fehlinformation/Desinformation (die unbeabsichtigte Verbreitung falscher Informationen) ist kein neues Phänomen, aber mit der Zunahme digitaler Kanäle, einschließlich sozialer Medien und privater Nachrichten-Apps, hat sich die Verbreitung solcher Inhalte und die Geschwindigkeit, mit der sie sich verbreiten, beschleunigt.

Dieser Rundtisch richtet sich an alle, die daran interessiert sind, den aktuellen Stand der Fehlinformation/Desinformation, den Weg in die Zukunft sowie die Bausteine und Partnerschaften zu erörtern, die erforderlich sind, um die Zukunft zu erreichen, die wir anstreben. Wir freuen uns auf eine lebhaftige Diskussion – bringen Sie Ihre Fragen mit! Die Veranstaltung wird in englischer Sprache abgehalten.

[Details und Anmeldung](#)

PBI-INFORMATIONSNABEND – FREIWILLIGENARBEIT IM SÜDEN

14. September 2021 in Martigny

In Zusammenarbeit mit anderen NGO organisiert PBI einen Informationsabend zum Thema Freiwilligenarbeit im Ausland, mit der Möglichkeit zur Online-Teilnahme. Kommen Sie um die verschiedenen Möglichkeiten zu entdecken, Ihr Projekt zu diskutieren und Fragen zu stellen!

[Details und Anmeldung](#) (bis zum 6. September 2021)

VIRTUELLE KONFERENZ – DIE AGENDA FÜR FRAUEN, FRIEDEN UND SICHERHEIT AUS DER CARE-PERSPEKTIVE

[Überlegungen aus der Zivilgesellschaft im Kontext des Vierten Nationalen Aktionsplans 1325 der Schweiz](#)

21. September 2021

Zum ersten Mal ist die Zivilgesellschaft eine Umsetzungspartnerin im Nationalen Aktionsplan 1325 der Schweiz. In den vergangenen zwei Jahren wurde untersucht, wie sich Care auf die Beteiligung von Frauen und die Friedensförderung auswirkt.

Diese virtuelle Konferenz ist der Höhepunkt dieses Projekts, an dem die wichtigsten Ergebnisse vorgestellt und in einem breiteren Kontext mit Akteuren der Zivilgesellschaft und politischen Entscheidungsträgern diskutiert werden.

[Details und Anmeldung](#) (bis zum 19. September)

Dieses PDF wurde automatisch generiert.
Lesen sie à propos: www.swisspeace.ch/apropos

Herausgeber	KOFF
Kontakt	Steingraben 22, 4051 Basel, Schweiz Tel.: +41 (0)31 330 12 12
Redaktion	Sanjally Jobarteh, Maria Vogelbacher
Übersetzung	Übersetzergruppe Zürich, Furrer Übersetzungen
Bildmaterial	Demonstration #evakuierenjetzt auf dem Schweizer Bundesplatz in Bern, 10.10.2020. Mortaza Shahed/Unsplash

KOFF

Die Schweizer Plattform für Friedensförderung
La plateforme suisse de promotion de la paix
La piattaforma svizzera per la promozione della pace
The Swiss platform for peacebuilding

KOFF ist ein Projekt der Schweizerischen Friedensstiftung swisspeace. Es wird gemeinsam getragen vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten und den folgenden Schweizer Nicht-regierungsorganisationen:

ae-centre	HELVETAS Swiss Int.	Swiss Academy for
Alliance Sud	IAMANEH Schweiz	Development
APRED	IFOR-Schweiz	SWISSAID
artasfoundation	Interpeace	Terre des Femmes Schweiz
BAHA'I	Luzerner Initiative für Frieden	terre des hommes schweiz
Brücke · Le pont	und Sicherheit (LIPS)	
Caux - Initiativen	medico international schweiz	
der Veränderung	mission 21	
cfed	miva Schweiz - transportiert	
Coexistances	Hilfe	
DCAF	Peace Watch Switzerland	
Eirene Schweiz	Peace Brigades International	
Fondation Hironnelle	Peace Nexus Foundation	
FriedensFrauen Weltweit	Quaker United Nations Office	
Frauen für den Frieden	Schweizerischer Friedensrat	
Schweiz	Schweizerisches Rotes Kreuz	
Graines de Paix	SCI Schweiz	
Green Cross Schweiz	Solidar Suisse	
GSoA	SOS Kinderdorf	
HEKS		